



montags-info



FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

Solidarität mit Venezuela bleibt unsere Sache

Die XXIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz verabschiedete am 13.01.2018 die Erklärung „Solidarität mit Venezuela bleibt unsere Sache“.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der XXIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 13. Januar 2018 in Berlin bekräftigen ihre Solidarität mit dem revolutionären bolivarianischen Prozess in Venezuela. Wir fordern ein Ende der ausländischen Einmischung insbesondere der USA und der Europäischen Union – einschließlich der deutschen Bundesregierung – in die inneren Angelegenheiten der Bolivarischen Republik Venezuela.

Venezuela hat seit dem Regierungsantritt von Hugo Chávez 1999 einen Weg eingeschlagen, das Land unabhängig vom Einfluss der imperialistischen Mächte zu machen und sich mit den anderen Ländern Lateinamerikas und der „Dritten Welt“ zu verbünden. Das proklamierte Ziel der revolutionären Kräfte ist der Aufbau des Sozialismus.

Es ist die Aufgabe des Volkes und der Regierung Venezuelas, die auf diesem Weg auftauchenden Probleme und Hindernisse zu überwinden und Differenzen selbstbestimmt zu lösen. Wir vertrauen darauf, dass sie weiter dieses Ziel verfolgen und werden uns für den Erfolg der Bolivarischen Revolution einsetzen. Unsere Aufgabe hier ist es deshalb, für die Aufhebung der



durch die EU gegen Venezuela verhängten Sanktionen einzutreten. Wir wenden uns gegen die Kampagne der meisten Medien, in denen die Realitäten Venezuelas einseitig und verzerrt dargestellt werden. Zudem fordern wir ein Ende der Unterstützung der reaktionären Opposition Venezuelas durch die Bundesregierung, die EU und die USA.

Es lebe der revolutionäre bolivarianische Prozess in Venezuela!

übernommen aus: news.dkp.de

KP fordert Verstaatlichung der Banken

Die Kommunistische Partei Venezuelas forderte in einer Pressekonferenz die sofortige

Verstaatlichung der Banken. Um der momentanen Krise zu begegnen, müsse die Regierung die Kontrolle über den Handel mit Fremdwährungen übernehmen und die Banken verstaatlichen. Die Regierung von Präsident Maduro solle außerdem ein agrar-industrielles Programm zur Priorität machen, um vor allem die Probleme in der Versorgung mit Lebensmitteln anzugehen. Die lückenlose kostenlose Gesundheitsversorgung müsse ebenso wieder gewährleistet werden wie der öffentliche Nahverkehr.

aus: UZ – Zeitung der DKP vom 19.01.2018



Für eine kurze Vollzeit mit vollem Lohn- und Personalausgleich!

Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der Metall- und Elektroindustrie

6 Prozent Lohnerhöhung und 28 Stunden in der Woche, das sind die Forderungen der IG Metall in der Tarifrunde. Egal, was von der Seite der „Arbeitgeber“ jetzt erzählt wird, diese Forderung nach einer Steigerung der Löhne und Gehälter ist mehr als gerechtfertigt:

Die Wachstumsprognose der Wirtschaft ist für 2017 2,2 Prozent und für 2018 2 Prozent. Die Umsatzrendite stieg in den Jahren 2015/2016 um jeweils 5,1 Prozent. Neben der Zielinflationsrate der EZB von 2 Prozent wird eine Produktivitätssteigerung von 1-1,5 Prozent erwartet. Geld wird also genug verdient, es wird Zeit, dass die, die produzieren, etwas davon abbekommen!

In 80 Prozent aller Betriebe wird regelmäßig oder gelegentlich am Wochenende gearbeitet. Die besonders belastenden Nacht- oder Wochenendschichten gibt es in 30 Prozent bzw. 17 Prozent der Betriebe. Darum wird in der Tarifrunde eine Wahloption aller Beschäftigten zur Reduzierung ihrer individuellen wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden gefordert. Dabei soll ein Rückkehrrecht zur vorherigen Arbeitszeit garantiert sein. Beschäftigte, die Kinder betreuen oder Angehörige pflegen und Beschäftigte in Schichtarbeit oder mit besonders belastenden Arbeitszeiten sollen bei Inanspruchnahme der Arbeitszeitreduzierung Zuschüsse in Höhe von 200 € im Monat bis ca. 750 € im Jahr vom Arbeitgeber

erhalten. Das bedeutet zu mindestens einen Teil-Lohnausgleich.

Mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung versucht die IG Metall den Interessen ihrer Mitglieder und der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie gerecht zu werden. **Noch besser wäre eine kollektive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.** Dies würde nicht nur die durch Digitalisierung der Arbeit bedrohten Arbeitsplätze sichern, die Gewinnsituation der Unternehmen lässt dies auch ohne weiteres zu.

Doch schon der Kampf um diese beiden Kernforderungen der IG Metall wird nicht einfach sein. Dazu braucht es den Zusammenhalt aller Beschäftigten in den Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie und eure Bereitschaft, auch durch Streiks für die Durchsetzung eurer Interessen zu kämpfen. **Wir Kommunistinnen und Kommunisten stehen euch solidarisch zur Seite!**

aus: Streik-Info der DKP, gekürzt

Warnstreiks mit mehreren hunderttausend Kollegen zeigen ihre Entschlossenheit

Die Tarifrunde der IG Metall hat in der zweiten Januarwoche Schwung bekommen. Über 376 000 Beschäftigte aus rund 1 900 Betrieben haben sich seit Ende der Friedenspflicht bis 15. Januar bundesweit an kurzzeitigen Arbeitsniederlegungen, Kundgebungen und Frühschlussaktionen beteiligt. Allein in Baden-Württemberg

waren es bis 16. Januar über 120 000 Warnstreikende.

Der bisherige Druck war allerdings noch nicht groß genug, um ein vernünftiges Angebot von Südwest-Metall zu bekommen. In der dritten Verhandlungsrunde für Baden-Württemberg am 11. Januar gab es lediglich minimale Zugeständnisse.

Die auf dem Gewerkschaftstag 2015 beschlossene zusätzliche Eskalationsstufe von bezahlten Ganztagesstreiks (ohne Urabstimmung) ist in vielen Betrieben bereits geplant, und die Kollegen brennen darauf, diese Tagesstreiks auch umzusetzen, um Südwestmetall auf Trab zu bringen.

aus: UZ – Zeitung der DKP vom 19.01.2018

85. Jahrestag des Mössinger Generalstreiks vom 31. Januar 1932 gegen Hitler.



Aktionen am 3. Februar 2018

11.00 Uhr: Führung entlang der Spur des Generalstreiks, Treffpunkt an der Langgass Turnhalle.

12.30 Uhr: Kundgebung am Jakob-Stotz-Platz.

Bild: KPD und Antifaschistische Aktion im Juli 1932, Stadtmuseum Mössingen.



<http://news.dkp.de>

Seit 4/2004 Immer montags

www.dkp-karlsruhe.de

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Herausgeber: DKP Karlsruhe, V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal.

Alle bisher erschienenen Montags-Infos unter www.dkp-karlsruhe.de

www.dkp.de

Kontakt: dkp.karlsruhe@gmx.de

www.unsere-zeit.de